

Haushaltsrede Helmut Hitscherich UB/ÖDP 24.01.2019

- es gilt das gesprochene Wort -

Was wollen wir mehr? Schuldenfreiheit bis Ende 2019. Die Steuerquellen sprudeln wie noch nie. Also Geld in Hülle und Fülle. Investitionen auf dem höchsten Stand. Die Rücklage ordentlich gefüllt. Also alles nur Sonnenschein?

Mitnichten.

Wir haben eine ganze Latte von Maßnahmen, die wir seit zig Jahren vor uns herschieben und nicht mit Haushaltsmitteln hinterlegt sind.

Wir wissen, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren anstehen. Da kann man sich doch einmal Gedanken machen, wann was umgesetzt werden soll. Daher benötigen wir eine Prioritätenliste und einen Zeitplan für deren Umsetzung für einen Zeithorizont von wenigstens 6 Jahren. Dieses mahne ich jedes Jahr an, leider ohne Gehör zu finden.

Aufgrund der hohen wachsenden Kinderzahl in Kempten müssen hunderte Plätze in Kindertagesstätten in den nächsten Jahren geschaffen werden, sei es durch Neubau wie Halde Nord 1 und 2, oder auf der Ludwigshöhe, usw. Hierfür sind Haushaltsmittel im Investitionsprogramm der nächsten Jahre eingestellt. Für die Lösung Chapuis-Villa sind allerdings keine Gelder eingestellt. All diese Kinder werden in 6 Jahren eingeschult. Was das bedeutet darauf habe ich in den Haushaltsverhandlungen hingewiesen. Zusätzliche Klassenzimmer werden benötigt. Diese müssen spätestens in 2024 fertig gestellt sein, das heißt: Baubeginn in 2022. Hierfür müssen Haushaltsmittel eingestellt werden. Das bedeutet, dass im Investitionsprogramm ab 2021 Planungskosten und ab 2022 Kosten für Baumaßnahmen eingestellt werden müssen.

Was wiederum ein Schieben oder Streichen von Maßnahmen, die jetzt eingeplant sind nach sich ziehen wird oder wir plündern die Rücklage.

Es gibt weitere Maßnahmen, die in den nächsten Jahren anstehen und deren Kosten nicht oder nur teilweise abgebildet sind. Ich denke da an das Kornhaus, die Stadtbibliothek, die Burghalde, das Römermuseum das sog. Alleinstellungsmerkmal. Die einstmals für dieses Museum eingestellten 5,4 Mio. Euro wurden 2015 gestrichen. Wie lange wollen wir dieses Museum noch nach hinten schieben?

Das Kornhaus ist bekanntermaßen wegen dem Problem Brandschutz und morschem Dachgebälk geschlossen. Für diese Sanierung sind im Haushalt des Eigenbetriebes Gelder in Höhe von gut 5 Mio. Euro einge-

stellt, wovon der Löwenanteil aus dem städtischen Haushalt stammt. Die Überlegung in diesem Zusammenhang das Kornhaus insgesamt so umzubauen, dass gleichzeitig drei Veranstaltungen stattfinden können, ist aus meiner Sicht gut und sollte auch umgesetzt werden - ohne Wenn und Aber. Das bedeutet aber auch, dass die Stadt den Löwenanteil der Kosten zu tragen hat, denn der Eigenbetrieb kann diese in keinstem Maße stemmen.. Daher müssen in den kommenden 1 - 2 Jahren mehr Gelder im Haushalt eingeplant werden.

Wenn die Berichterstattung der Allgäuer Zeitung (AZ) vom 19.01. richtig ist, dann soll innerhalb der kommenden drei Monate für die Stadtbibliothek eine Gesamtkonzeption und die politischen Standortanträge abgewogen werden. Wenn dem so ist – egal, welche Lösung beschlossen wird - sind Haushaltsmittel erforderlich. Ich kann mir dann nicht vorstellen, dass man diese so wichtige Maßnahme noch länger auf die lange Bank schieben kann, nachdem seit fast 7 Jahren dieses Thema auf der Tagesordnung steht. Da müssen dann so ganz nebenbei ca. 10 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt werden.

Allein diese Maßnahmen werden vermutlich 25 bis 30 Mio. Euro verschlingen. Ich kann mich daher nur wiederholen: Was wiederum ein Schieben oder Streichen von Maßnahmen, die jetzt eingeplant sind nach sich ziehen wird oder wir plündern die Rücklage.

Für den Bahnhofsvorplatz waren mal vor Jahren 2 Mio. Euro eingestellt, ich betone: „waren“, denn diese wurden ebenfalls in 2015 gestrichen. Die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes wurde im Mobilitätskonzept 2030 besonders unterstrichen. Auch hierfür müssen in den kommenden Jahren Haushaltsmittel eingestellt werden. Umgestaltung ZUM, Lingg-Park und Königsplatz? Angesichts all der anderen großen Brocken, denke ich, dass diese Maßnahmen in den nächsten 10 Jahren nicht realisiert werden können.

Apropos Mobilitätskonzept 2030: 2016 wurden die Leitziele beschlossen und im letzten Jahr das Konzept mit vielen, vielen Maßnahmen. Ich hatte 2016 und 2018 eine Prioritätenliste für deren Umsetzung gefordert. Geschehen ist nichts. Doch etwas ist geschehen, der Rathausplatz darf nach wie vor mit Autos befahren werden. Das war und ist eine kurzfristige und falsche Entscheidung, losgelöst vom Ganzen. An diesem Beispiel stellt sich die Frage: „Was wollen wir?“ Eine Stadt mit Aufenthaltsqualität oder sollen Autofahrer überall hinfahren dürfen. Hierzu passt auch das Thema „Kronenstraße“. Im Mobilitätskonzept ist folgendes vermerkt: *„Eine Verdrängung des gebietsfremden Durchgangsverkehrs aus der Kronenstraße heraus sowie eine deutliche Auf-*

wertung für den Fußverkehr sind aus verkehrsplanerischer und städtebaulicher Sicht dringend erforderlich. Es bestehen Flächenkonkurrenzen mit unzulässig abgestellten Fahrzeugen. Neben der Kronenstraße ist auch der Rathausplatz betroffen“. Die Sperrung der Kronenstraße zwischen Gerberstraße und Grünbaumgasse für den Durchgangsverkehr wird wärmsten empfohlen, ebenso das Nicht-Befahren des Rathausplatzes.

Seit Jahren fordere ich, dass Abkürzungsverkehr durch die Innenstadt künftig verhindert werden muss. Im Mobilitätskonzept findet man dazu folgende Aussage: „Tempo 30 auf allen Hauptverkehrsstraßen (Salz-, Memminger-, Prälat Götz-, Beethoven-, Freudenberg, Burg-, Illerstr.)“. Eine Neuordnung des Straßenraumes wird gefordert. Auch das kostet Geld. Autos tragen nun mal zur Feinstaubbelastung und anderen Umweltproblemen bei. Auch die Frage sei erlaubt, warum nachts und vor allem an Sonntagen Ampeln in Betrieb sind und Autos minutenlang mit laufendem Motor vor roten Ampeln stehen und weit und breit kein weiteres Auto zu sehen ist. Das ist sicherlich nicht umweltfreundlich.

Das Umsetzen von Maßnahmen aus dem Mobilitätskonzept ist nicht kostenlos und wird die ein oder andere Million verschlingen. Die Zeit bis 2030 wird wie im Fluge vergehen.

Wir sind **Vorzeigestadt im Klimaschutz** und setzen uns auch für den Umweltschutz ein. Man kann beides nicht von einander trennen. Daher sind wir hier besonders gefordert.

Parken in der Stadt ist auch so ein Thema. Hier macht jeder was er will. Gerade was verkehrsberuhigte Bereiche anbelangt wie „Auf dem Plätzle“, Zwingerstraße, Kronenstraße, Rathausplatz, Platz vor der Raiffeisenbank. Kontrollen finden nur sporadisch statt. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass man das so hinnimmt.

Das trifft auch für die Markthalle an Markttagen zu: Halteverbot und Einbahnstraßenregelung wird nicht beachtet. Kontrollen sind sehr selten. Es ist schade, dass 2016 nach 2 Wochen die Straße wieder geöffnet worden ist und bis heute keine Lösung gefunden wurde. In Steinwurfentfernung gibt es Parkplätze in Hülle und Fülle. Marktleute entscheiden ob eine Straße gesperrt wird. Beim Wochenmarkt auf dem Hildegardplatz können die Autos auch nicht an den Kartoffelstand fahren

Das Bus-Liniennetz muss attraktiver werden. Haltestellen dort, wo Menschen Bedarf haben, notfalls mit Bedarfshaltestellen. Alle Bushaltestellen mit Überdachung und Sitzmöglichkeit. **Elektrobusse!** Aber die sind ja zu

teuer. Dieses habe ich schon häufiger angeregt. Die Anbindung Bus, Bahn und umgekehrt funktioniert immer noch nicht. Die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes zeigt die Schwächen im ÖPNV deutlich auf. Es ist höchste Zeit, dass jetzt endlich gehandelt wird. Wie wäre es mit einem Ein-Euro-Ticket im gesamten Stadtbereich? Wir könnten Park and Ride Parkplätze an den Hauptzufahrtsstraßen schaffen und von dort im Pendelverkehr im 10 Minuten Takt Busse ins Stadtzentrum fahren lassen. Das Parken und Busfahren hin und zurück für 4 Euro anbieten und das Angebot auch für 4 Personen gelten lassen. Schauen Sie mal nach Straßburg.

Wir alle wollen, dass die Stadt ein attraktiver Arbeitgeber ist, Nachwuchskräfte gewinnt, gut funktioniert und über motivierte Beschäftigte verfügt sowie Bürgerinnen und Bürger, die mit der Verwaltung mehr als zufrieden sind.

Sicherlich muss man untersuchen, ob innerhalb der Verwaltung Betriebsabläufe verändert werden können bzw. müssen und eventuell Personal umgeschichtet werden kann. Aber wer beim Personal spart, spart an der falschen Stelle. Ständige Überlastungen und Überstunden führen zu Missmut und Frustration

Die nach dem **Stadtratsbeschluss vom November 2008** vorgenommenen Maßnahmen zur Reduzierung der Strahlungsbelastung durch Mobilfunk haben sich grundsätzlich bewährt, müssen jedoch den neuesten Entwicklungen angepasst werden. Zu den mehr als **58 Basis-Stationen** mit über 530 Sendeanlagen der verschiedenen Netzbetreiber kommen mehr als **8.440 WLAN-HotSpots** mit steigender Tendenz, ferner **10 LTE-Mikrostationen** der Telekom – hauptsächlich im Stadtzentrum – hinzu. Besonders die ca. 10% der Bevölkerung, die als Elektro-(hyper)sensible gelten, leiden erheblich bei jedem Schritt im Stadtgebiet. Aber auch der Rest der Bürger, hierbei insbesondere die besonders Schutzbefohlenen, müssen vor der hochfrequenten, gepulsten Strahlung geschützt werden.

Es wäre deshalb auch völliger Irrsinn, unsere Schulen oder Kindergärten mit einer - noch dazu technisch unzulänglichen - Technik wie WLAN nachzurüsten! Nicht nur die gesundheitlichen Gefahren stehen hier im Raum, sondern auch die fehlende Datensicherheit und ein desaströs geringer Datendurchsatz. Nur eine kabelvernetzte – mit weitestgehender Gasfaserstruktur ausgestattete – Infrastruktur ist zukunftsfähig und kann alle gesundheitlichen und sicherheitsrelevanten Aspekte abdecken. Hier muss die Stadt an der richtigen Stelle die Mittel für die datentechnische Ertüchtigung unserer Schulen aufbringen Dies wird Geld kosten! Sollten einzelne Schulungsräume für einen **mobilen** Kommunikationseinsatz hergerichtet werden, sollte unbedingt die neueste Technologie – die

Datenübertragung mit Licht – installiert werden. Im Pariser Rathaus wurde WLAN nach einem Jahr wegen gesundheitlichen Problemen vieler Beschäftigten wieder abgebaut.

Die zusätzlich zu den bisherigen Mobilfunksendern eingesetzten Mikro- zellen sind genehmigungsfrei und lediglich anzeigepflichtig. Sie belasten zusammen mit den tausenden HotSpots im erhöhten Maße die Bevölkerung. Wir sind es daher unseren Mitbürgern schuldig, endlich Maßnahmen zu treffen und Konzepte zu entwickeln, die die Strahlung auf ein gesundheitsverträgliches Maß reduzieren.

Wann findet der von Herrn Ulrich angeregte „Runde Tisch“ mit den drei Mobilfunkbetreibern statt? Dessen Ziel es sein muss, die von der Telekom im Alleingang begonnene Installation von Mikro- zellen strategisch so zu lenken, dass ein gemeinsames Roaming der Netzbetreiber im Klein- zellenbereich zum Abbau der großen Sendeanlagen führt. Mittelfristiges Ziel muss es sein – ähnlich wie in Frankreich inzwischen gesetzlich verankert – eine maximale Immission von **1 V/m im Stadtgebiet** (Outdoor) zu erzielen. Der „Stand der Technik“ lässt es zu, mit dieser Forderung in entsprechende Verhandlungen zu gehen.

Wir stimmen dem Haushalt zu, aber geben gleichzeitig zu Protokoll, dass, wenn im Jahre 2019 keine Planung zur Umsetzung des Mobilitäts- konzeptes 2030 mit einem klaren Zeitplan und Untermauerung mit Haus- haltmitteln ergriffen wird, wir dem nächsten Haushalt nicht zustimmen werden!